

Dr. Otto Freiherr v. Dungern. Der Herrenstand im Mittelalter. Eine sozialpolitische und rechtsgeschichtliche Untersuchung. Erster Band. Papiermühle SA. Gebr. Vogt. 1908. XV. 487.

Ein dringendes Bedürfnis ist eine Geschichte des deutschen Adels, die freilich heute noch nicht möglich ist. Die rechtlichen Probleme sind noch nicht definitiv erledigt und auf diesem Felde, das die Dilettanten besonders anzieht, fehlt es noch immer an wissenschaftlich denkenden Forschern. Freiherr v. Dungern ist im Gegensatz zu manchen Theoretikern, wie Heck, der seine Probleme mit wenigen Zeugnissen einer urkundenarmen Zeit zu lösen versucht, im Besitz der Kenntnis eines großen Komplexes von Tatsachen. Seine Arbeiten können daher mehr Blut und wahres Leben bieten, als Konstruktionen, wie wir sie nachgerade genug erlebt haben.

Der Verfasser glaubt eine neue Methode anzuwenden, wenn er die ständischen Fragen auf Grund von gut gearbeiteten Stammbäumen angreift; so absolut neu ist sie nicht — auch ich habe in meinen Standesverhältnissen der Minnesänger ganz in gleicher Weise einen wissenschaftlich gearbeiteten Stammbaum benutzt — in größerem Maße ist sie auch erst heute anwendbar, da eine größere Zahl bearbeitet ist, bei denen man sich ernster Zweifel ent schlagen darf. Auch sonst kennt er sich in der Literatur gut aus, wenn man auch nicht den Eindruck gewinnen kann, daß er die Adelsgeschichte einer Landschaft aus den Urkunden selbst ganz genau durchforscht hat. Immerhin sehen wir einen Forscher am Werke, der frei von Standesvorurteilen auf Grund ernsten zwölfjährigen Sammelns, auf Grund reicher rechtlichen Studien sich mit erstem Sinne an seine Aufgabe macht, willens, sich nicht dem Zwange von Theorien zu beugen. Wir haben keinen Genealogen von solcher wissenschaftlicher Qualifikation bisher in der Literatur verspürt. Besonders charakteristisch für ihn ist seine geringe Einschätzung der Rechtsbücher, er geht ihnen fast aus dem Wege, aber bei der Art der deutschen Rechtsentwicklung würde ich gleich ihm ein auf Grund des Tatsachenmaterials gewonnenes klares Bild unbedenklich den Anschauungen des Sachsenspiegels und des Schwabenspiegels vorziehen.

Sein Buch wendet sich gegen die bisherigen Auffassungen und glaubt ein neues Bild von der Ausbildung des Hochadels zeichnen zu können, einer scharfen Kritik unterzieht er die bisherige Forschung und plädiert in einem geschickten Aufbau für seine Thesen. Ich will sie zunächst in Kürze vorführen:

In der vorstauischen Zeit, und je weiter wir zurückgehen, um so schärfer waren die Familiengruppen, die den hohen und den niederen Adel bilden sollten, vollständig voneinander getrennt. Der hohe Adel ist (bis weit über die Zeit der Entstehung des niederen Adels) die organische Fortsetzung einer älteren Gruppe von Dynasten. Diese bildeten die Minorität, die staatsrechtlich das Volk bedeutete, jene gehörte der

Mehrheit, den Massen an, die nur als wirtschaftlicher Rückhalt der einzelnen Volksgenossen in Frage kamen.

Dieses vorstauische Prinzip, das durchaus nach dem Blute ein für allemal die Stellung des Stammes festlegte, blieb nicht erhalten, es galt nicht mehr die Exklusivität des Konnubiums für den hohen Adel. Dieses Prinzip wurde verlassen, die Übergänge sind aber nicht schroff und eine wahllose Ebenbürtigkeit wurde überhaupt nicht erreicht. Die Voraussetzung für das Emporkommen war Reichtum; die bewegliche Macht des Besitzes, die schnell durch gute oder böse Zufälle den Menschen heben oder deklassieren konnte, trat an die Stelle des Geburtsunterschiedes. Der Besitz aber mußte nach v. Dungern S. 226 reichsunmittelbar sein. Wer vom niederen Adel außer dieser Bedingung noch die erfüllte, durch Ehen mit weiblichen Gliedern des hohen Adels mit diesem verwandt zu sein, galt als Glied des privilegierten Standeskreises. Alle drei Voraussetzungen (Zugehörigkeit zum niederen Adel, reichsunmittelbarer Besitz und Verwandtschaft mit dem hohen Adel) mußten zusammenkommen, wie umgekehrt das Fortfallen eines dieser drei Umstände allein bei keiner edelfreien Familie die Deklassierung herbeiführte.

Der Besitz, der diese Wirkung ausübt, ist altdynastischen Ursprunges. Von 1150 an gehen die Besitzungen durch edelfreie Erbtochter an ministerialische Schwiegersöhne über und zwar zu dem alten Rechte, sie verfallen nicht dem Rechte der Geburt des neuen Herrn, zwischen 1100 und 1200 liegt eben eine Emanzipation. Der Besitz hatte die Kraft, das persönliche Unterworfensein des Dienstmannes zu überwinden (S. 214). Nun wäre es sehr wesentlich, wenn glatt Fälle solchen Erbens nachgewiesen werden könnten: leider sind die S. 211 aufgeführten, soweit ich sehe, alle nur Vermutungen oder Irrtümer (Irslingen, Götterswick). Und wie viel Fälle sind denn aus klarer historischer Zeit bekannt? Doch ich will ja noch gar nicht prüfen.

Der alte Geburtsunterschied bleibt dauernd bekannt. Dafür sind die „Freiungen“ beweisend, so gering ihre Bedeutung v. Dungern anschlügt. Alle diese das Prinzip der Ebenbürtigkeit wahren und den vorhandenen Mangel sanierenden Urkunden erscheinen v. D. eigentlich als überflüssig; sie haben den Zweck, den Erben einer solchen Ehe gegenüber Verwandten „formelle Garantien“ zu geben (S. 176). Daß solche emporgekommene Familien von den hochadligen Klöstern und Stiftern, wie ich und meine Schüler solche nachgewiesen habe und nächstens systematisch behandeln werde, ausgeschlossen bleiben, beweist nach v. D. ebensowenig für ein Fortbestehen der alten vorstauischen Unterscheidung.

Die neue Scheidewand wird ganz sauber (235), es ist der Territorialreichtum; das ist das Resultat einer jahrhundertelangen tatsächlichen Entwicklung und nun nennen sich alle Territorialherren Grafen (zur Kritik genügt es, auf die Heeresmatrikel von 1422 hinzuweisen, die die Überschrift bietet Graven und herren und dementsprechend eine Reihe ausdrücklich als Herren bezeichnet). „Herkunft von freien

und unfreien Herren war für die Bemessung des ständischen Ranges um 1250 schon ganz gleichgültig geworden“ (S. 241). Die Worte des ersten deutschen Staatsrechtlers Petrus von Andlau über die Ebenbürtigkeit beweisen gegenüber der nachher zu prüfenden Praxis nach dem Verf. nichts.

Das dritte Kapitel geht auf die Zustände der staufischen Periode ein und enthält eine Reihe von beachtenswerten Ausführungen über die Kriterien der Herrenmäßigkeit (richtiger des freiedlen Standes): also über Reitersiegel, die Bezeichnungen: dominus, nobilis, liber, ingenuus usw. Über die Fuldaer „edlen“ Ministerialen wird nächstens ein Zuhörer von mir frappante Aufklärungen geben und sie für alle Zeiten beseitigen. Zum Teil wird v. D. aber auf Beifall nicht rechnen dürfen. Gegen Wittich u. a. leugnet er wiederholt, daß abgesehen von vereinzelt Fällen sich Edelfreie in die Ministerialität ergeben hätten (S. 258, 282f.); kann man hierin v. D. für manche Landschaften recht geben, so wird man es abweisen müssen, daß die Titel der Reichshofbeamten — und entsprechend wohl der übrigen — für Inhalt und Umfang ihrer Amtsfunktion gleichgültig gewesen seien (313, 311) und nur als eine Titelsitte anzusehen seien (!). Ja „von dem Reichsdienstmannentitel bleibt nichts übrig als ein Ehrentitel persönlich bevorzugter Dienstmannen“ (323).

Der Beginn der staufischen Zeit kennt die scharfe Scheidung und je weiter man davor zurückgeht, um so schärfer wird die Differenz. Das alte Deutschland vor den Staufern lag in den Händen der Dynasten, eine kleine Genossenschaft von Grundherren hatte alle weltlichen Ämter in ihrem Besitze — das ist mit Geschick hervorgehoben. Einen Umschwung führt die Ausbildung der Waffentechnik herbei, die technische Schulung des bewaffneten Reiters wird bald erblich und es entsteht ein neuer Geburtsstand. Zu ihm gehören alle Dynasten als geborene Ritter, in ihn tritt weiter ein großer Teil der Dienstmannen, welche sich in der Emanzipation befinden, ein; die Majorität des neuen niederen Adels sind aber aus allen möglichen Volkskreisen zum Rittersum berufene Leute (381).

Das sind zum Teil alte Wahrheiten, zum Teil sind sie mit recht problematischen Aufstellungen verbunden, vor allem trifft das für den Anteil, den die Staufer an dieser Entwicklung genommen haben sollen, zu. Zwar bildet sich die neue Ständeordnung ohne Verfassungsgesetze aus, aber die staufische Politik hat bewußt die neue Bildung des sozialen Lebens gefördert und sich zunutze gemacht. Sie tat den entscheidenden Schritt: sie setzte die Dienstmannen in bezug auf Amtsfähigkeit den Fürsten gleich — was doch nur unter sehr erheblichen Einschränkungen richtig ist. Hinter dieser Entwicklung soll ein zielbewußter kaiserlicher Wille stehen (S. 406) und nach Tausenden zählen die niederadligen Ritterexistenzen, die von den Staufern gegründet worden sind (ebda). Das sind Übertreibungen der ziemlich allgemein verbreiteten Kenntnis: Die Staufer haben die Reichsministerialität noch weit mehr zur Verwaltung herangezogen als die Salier; in

manchen Ämtern haben Reichsdienstmannen Hervorragendes geleistet, aber endlich ist wie in den Territorien so im Reiche das Ende, daß der Ritterstand ein bescheidenes Maß von Pflichten behält und ein großes von Rechten gewinnt. „Deshalb ist die ungeheure Territorialfläche, über die noch Friedrich II. als Domanialbestand verfügte, 1254 fast restlos verschwunden: Viele tausend Adelsfamilien besaßen sie und behielten sie“ (S. 407). Auch sonst wirkt der Kaiser für die Auflösung der alten Unterworfenheit der Dienstmannen in öffentlich-rechtliche allgemeine gleiche Abhängigkeit. Der Kaiser wendet sich an das Volk! In solchen phantasiereichen Gedankengängen kommt Verf. auch auf das persönliche Regiment Wilhelms II. (S. 414)!

Der zweite Band will den Faden der Untersuchungen weiter-spinnen und wird sich zunächst mit dem Fürstenstande in staufischer Zeit befassen.

Doch nun zur Kritik!

Die Grundlage der ganzen Untersuchung ist der Nachweis von Heiraten zwischen altdynastischen und ministerialischen Familien, der Nachweis eines frühzeitigen Konnubiums zwischen dem alten freien Adel und den gehobenen Gliedern des niederen, von ihm hängt alles ab. v. D. hat die Sache nicht leicht genommen, sondern sich auf möglichst gutes Material gestützt, gleichwohl sind so viele schwere Irrtümer vorhanden, daß das Ergebnis erschüttert wird. Die eine Fehlerreihe besteht in falschen Bestimmungen des Standescharakters; es ist hier nicht der Ort, das zu erweisen, aber ich will die von mir ohne Bedenken beanstandeten Geschlechter aufzählen. Es sind aus Schwaben: Markdorf, Justingen, Herzoge von Urslingen, Rapoltstein, Falkenstein-Ramstein, Entringen, Münsingen, Hirnheim-Katzenstein; aus Bayern: Laber; aus Franken: Hack v. Wöllstein, Vögte von Hunoltstein, Brohl und Götterswick.

Bedenken habe ich bei Grindelach und Palant. Ist schon die Zahl dieser Fehler erheblich, so sind die Konsequenzen einzelner enorm. Mit Urslingen-Rapoltstein kann man ein sehr frühes Aufsteigen der Ministerialen beweisen, ebenso mit den Vögten von Hunoltstein, und wie oft werden die Götterswick aufgeführt, die ohne Schwierigkeit Erben der Grafen von Bentheim werden! Alle drei Geschlechter werde ich als edelfrei erweisen. Für die Urslingen hat entgegen v. D. soeben Fedor Schneider in den Quellen u. Forsch. aus ital. Archiv. u. Bibl. 12, 92f. sich für die Edelfreiheit ausgesprochen.

Die andere enorme Fehlerquelle ist die zu geringe Scheidung der zwei Arten von unebenbürtigen Ehen, die gelegentlich vom Verf. richtig aufgefaßt wird. Die Ehe einer vornehmen Tochter mit einem Dienstmann ändert nichts an der rechtlichen Geltung des Geschlechtes, in die jene hinübertritt — wie heute so früher. Für das soziale Ansehen ist eine häufigere Verbindung allerdings wohl zu beachten. Die Ehe aber, die ein edelfreier Sohn mit einer rechtlich unfreien Tochter abschließt, hat im deutschen Recht ein Herabsetzen der Familie im Rechtssinne zur Folge. v. D. hütet sich, auf die Stellen über die ärgere

Hand, die die Rechtsbücher und andere Rechtsquellen darbieten, hinzuweisen; ich erinnere mich nicht, im Buche je das Wort von der ärgeren Hand gelesen zu haben. Vor 1150 wird er aber dieses Gesetz sicherlich nicht abstreiten. Er scheidet zwar in seiner Tabelle S. 57 ff. beide Arten von Ehen, ihn macht es aber nicht stutzig, daß seine Liste für Ehen edler Söhne 32 Fälle aufführt, für die edler Töchter aber 54. „Der Zahlenunterschied ist nicht groß.“ (S. 61.) Wer einige korrekt gearbeitete Stammtafeln edelfreier Familien durchsieht, findet überall, daß die unebenbürtigen Ehen der Töchter überwiegen über die der Söhne. Diese Differenz ist beweisend. Derartige Ehen der Töchter scheute die Familie weit weniger als die der Söhne; die Ehen der Töchter sind für die Fragen, um die es sich hier dreht, nicht entscheidend. Für die Geschichte des Rechtes kann nur die Reihe von Ehen edelfreier Söhne etwas beweisen.

Die dritte Fehlerquelle ist statistischer Art. Wer eine Periode von drei Jahrhunderten als Einheit in der Sozialgeschichte betrachtet, versäumt es, die Schwankungen herauszubringen und dem Leser vorzuführen. Es wäre möglich gewesen eine wenn auch nicht aufs Jahr korrekte chronologische Reihe der unebenbürtigen Ehen zuwege zu bringen. Zwar mitunter gibt der Verf. über die zeitliche Entwicklung Auskunft, aber er stellt nicht klipp und klar die Unterschiede der Jahrhunderte fest. Der Kern seiner Untersuchungen hängt von der Frage ab: gab es während der staufischen Periode, von 1150—1250, eine erhebliche Zahl von rechtlich unebenbürtigen Ehen edelfreier Söhne und wie viele von ihnen wurden als solche noch empfunden? Die Antwort darauf sieht eigentümlich genug aus: Es bleiben ganze — 5 Ehen übrig, die vor dem Interregnum abgeschlossen wurden und deren nachträgliche Sanierung wir nicht nachweisen können. An vieren ist eine einzige große Reichsdienstmannenfamilie beteiligt, alle gehören dem Hause Bolanden und seinen Zweigen an! Und das soll ein uneingeschränktes Konnubium sein! Es ist evident, daß man mit einem solchen Material nicht zu einem so umfangreichen Gebäude kommen kann, wie es der Verf. aufführt. Man kann allerdings die Anfänge einer Mißachtung des alten Rechtes beobachten, bei einzelnen besonders mächtigen Familien am Mittelrhein, wo man, wie ich a. a. O. zeigen werde, am wenigsten auf die Standesunterschiede gab. Das ist das einzige sichere Ergebnis für die Zeit vor dem Interregnum, wo die Ministerialität des Reiches auf ein halbes Menschenalter den Herrn verlor! Wie steht es dann mit dieser Art von Ehen bis 1350, bis 1450? Wie dehnen sie sich aus?

„Ratione temporis non habita“ — auch anderweitig muß man das sagen. Wir haben in den freiherrlichen oder freiständischen Klöstern und Stiftern eine Kontrolle auf die Schärfe der Standesunterschiede, die Verf. manchmal anerkennt, manchmal aber auch eliminiert. Er führt aus dem Kölner Domkapitel alte Ministerialengeschlechter an, aber wann dringen sie ein: Steckel 1389, Limpurg 1426, Rheingrafen 1434, Gera 1446, Erbach 1450, Reuß 1492! die Waldburg erst in der

Neuzeit, Kuno von Falkenstein, der Erzbischof, den Verf. wiederholt heranzieht, war nie Mitglied des Domkapitels, er wurde durch päpstliche Provision dem Erzstift aufgezwungen. Ich schließe aus einer derartigen späten Aufnahme der Limpurg usw., daß die Kölner Domherren eben die emporgekommenen Ministerialengeschlechter als nicht ebenbürtig ansahen. In Säckingen erscheint von den angeführten ministerialischen Namen der erste 1478! Sie gehören also gar nicht in den Zeitbereich des Buches. In der Reichenau soll sich ein Mönch v. Clingenberg, also Ministeriale finden. Der war nicht Mönch, nicht Abt, sondern Pfleger und gegen seinen Nachfolger, einen vom Papste gesetzten Abt dienstmännischen Blutes protestierten die Mönche: „Wie solle er, der ihr Genosse nicht sei, um ihr Bruder werden zu können, gar ihr Herr und Abt sein?“

„Ratione loci habita“ — auch diese Forderung wird nicht ausreichend beachtet. Was in der Gegend des Mittelrheins, die damals an edelfreien Familien arm war, Recht wurde, brauchte in Oberschwaben nicht zu gelten. Wenn der Verf. z. B. die Schweiz herangezogen hätte, würde er gefunden haben, daß nach der herrschenden Meinung, die allerdings noch genau zu prüfen ist, dort mehrere Zähringensche Ministerialengeschlechter nach dem Aussterben des Herzoghauses als Freiherren angesehen wurden. War denn nicht gerade das Interregnum für die Reichsdienstmannen günstig? Den Einfluß dieser Desorganisationszeit erinnere ich mich nicht irgendwo erwähnt gefunden zu haben. Das Wort Interregnum kommt im ganzen Buche nicht vor.

Mein für das 13. sorgfältig, für das 14. lässiger hergestellte Register von unebenbürtigen Heiraten edelfreier Söhne umfaßt 74 Fälle, an 52 sind Reichsministerialinnen beteiligt. Es folgt daraus, daß diese anders beurteilt wurden, als die weit, weit größere Masse anderer Dienstweiber!

v. D. meint, daß diejenigen Geschlechter, welche Herrschaften von Dynasten geerbt (oder anderweitig erworben) hätten, schlangweg als ebenbürtig in den neuen Herrenstand aufgenommen worden seien. Für die Zeit vor dem Interregnum kann er keinen Fall einer solchen Entwicklung erweisen, nur vermuten. Ich will auch nicht bestreiten, daß solche Fälle vorgekommen sind — aber man kann doch aus einzelnen Ausnahmen nicht die Regel ableiten. Seitdem wir in den freiherrlichen Klöstern und Stiftern eine Kontrolle haben, mußte die Mißachtung der Regel der ärgeren Hand und die Rezeption der Herrschaften besitzenden Familien sich in der Aufnahme solcher Familien in den exklusiven Kapiteln und Klöstern äußern: die Truchseße von Waldburg fanden in Schwaben keine Aufnahme und die mittelrheinischen Reichsdienstmannen nicht in Straßburg und Köln. Um diese Tatsache kommt v. D. nicht herum.

Es ist keine leere Form, wenn noch 1408 eine Ehe eines Freigeborenen mit einer Waldburg, noch 1331 eine Bolandensche Ehe saniert wird. Das ist ein Beweis rechtlicher Besorgnis und, wenn freiedle Familien noch im 15. Jahrhundert es vermeiden, ministerialische

Schwiegertöchter zu erhalten, während sie solche Schwiegersöhne zulassen, so beweist das auch noch immer eine wenn auch schwache soziale Differenz. Schließlich haben ja manche Familien, vor allem der alten Reichsministerialität, den Zutritt zum hohen Adel erreicht, schließlich wurde der Stand als reichsunmittelbare Herrschaftsbesitzer anerkannt, aber was um 1450 durch die Reichsmatrikel anerkannt wurde, war nicht Recht in der Zeit nach dem Interregnum, am allerwenigsten in staufischer Zeit.

Weit maßvoller äußerte sich His in seiner sorgfältigen Studie: „Zur Rechtsgeschichte des thüringischen Adels“ (Ztschr. f. thür. Gesch. Bd. 22). Selbst bei den Vögten von Weida — den Ahnherrn der Fürsten von Reuß — liegt die Anerkennung erst um 1300, ähnlich steht es mit den (Fürsten) von Schönburg und den (Grafen) von Eulenburg. His fügt aber hinzu: „Die Standesverschiebung fällt in eine Zeit, da in den wettinischen Landen alles drunter und drüber ging, wo sich also für eine derartige Anmaßung eines höheren Standes gute Gelegenheit bieten mochte.“ In den freiherrlichen Stiftern habe ich vor dem 15. Jahrhundert kein Glied der von His behandelten Familien gefunden.

Hätte D. den Bruch mit dem alten Ebenbürtigkeitsrechte nach 1350 verlegt, so würde seine Stellung eine weit günstigere sein; dann könnte er leichter erweisen, daß soziale Anschauungen mehr wogen als altes Recht. Indem er um 100, ja 200 Jahre zu früh griff, mußte sich ein durch und durch falsches Bild ergeben, und wiederum zeigt sich, daß man nicht leichten Herzens die Lehren der Rechtsbücher und anderer Theoretiker beiseite weisen soll. Der v. D.sche Nachweis ist weit von jener Sicherheit entfernt, die es gestatten würde, die Angaben der Rechtsbücher als irreführend abzulehnen. Es bleibt bei der alten Anschauung, der Stand der freien Herren nahm seit etwa 1350 einige wenige dienstmännische Geschlechter in sich auf und diese gehörten fast alle der alten Reichsministerialität an; Mißbeiraten der Stammhalter bleiben eine Seltenheit. Dabei bleibt bestehen, daß der Verf. eine Reihe von wertvollen Beobachtungen gemacht hat. Das Geschick des Plädoyers wird auch der anerkennen, der es für verfehlt ansehen muß.

Bonn.

Aloys Schulte.

Dr. Ferdinand Kogler, Die älteren Stadtrechtsquellen von Kitzbühel. Sep.-Abdruck aus der Zeitschrift des Ferdinandeums, 3. Folge, 52. Heft, 1908. (Innsbruck, Wagnersche Univ.-Buchdr.)

Dem im Anhang der vorliegenden verdienstlichen Schrift gebotenen Abdruck der älteren Rechtsquellen des ehemals bayerischen, nunmehr tirolischen Landstädtchens Kitzbühel geht eine Besprechung derselben nach Entstehung und Inhalt voraus, deren Ergebnisse nicht bloß lokalgeschichtliches Interesse beanspruchen dürfen. Von den Wittels-